

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

August 2004



## Der Weg zum Champion führt über starke Gegner

Wer im Boxsport „Champion“ werden will, darf starke Gegner nicht scheuen. Er braucht sie, um zu lernen, sich im Wettbewerb zu bewähren. Sport und Wirtschaft sind untrennbare Welten. Aber die Bewährung im Wettbewerb der Starken ist auch für Unternehmen unerlässlich, wenn sie langfristig erfolgreich sein wollen. Es nützt daher einer Gesellschaft, einem Volk oder einer Nationalwirtschaft nicht, wenn eine Regierung sich bemüht, sich schützend vor ein Unternehmen zu stellen, das „vom Ausland“ gekauft werden soll oder das auf dem Weltmarkt durch Konkurrenten in Bedrängnis gebracht wird.

Die Versuchung, so genannte nationale Champions mit Regierungshilfe aufzubauen und zu schützen, ist aber unausrottbar. Daher hat sich jetzt die Monopolkommission – wieder einmal – veranlasst gesehen, auf die Risiken und Nachteile der „Champion-Pflege“ aufmerksam zu machen: Die Unternehmen verlieren die Fähigkeit, sich mit Produktinnovation und Kostensenkung an die Spitze des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts zu setzen; eine Regierung, die „ihren“ Unternehmen zur Hilfe eilt, muss damit rechnen, dass andere Regierungen ähnlich verfahren und sich daher im Protektionswettbewerb die Hilfen ohne jeden Nutzen ausweiten.

Können also Regierungen nichts für „ihre“ Wirtschaft tun? Doch, das können sie. Aber nicht durch Championpicken, sondern durch eine Politik, die jeglichem Wirtschaften und dem ganzen Wirtschaftsstandort gut tut, also durch eine Politik, auf deren Agenda etwa diese Punkte zu stehen hätten: Freiheit für unternehmerische Entscheidungen, maßvolle Besteuerung, umsichtig dimensionierter Staats- und Sozialanteil, Ermunterung von Forschung und Entwicklung – und über allem: Sicherung des Wettbewerbs. Das ist keine Politik, die den Kanzler als „Macher“ oder „Retter“ zeigt. Aber das ist eine gute und auf Dauer die einzig erfolgreiche Politik.

Hans D. Barbier

## Hilfe für die „Dritte Welt“

2003 sind rund 69 Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe geflossen, 2,3 Milliarden US-Dollar mehr als 2002. Knapp zwei Drittel – 44,9 Milliarden US-Dollar – kamen aus USA, Japan, Frankreich, Deutschland und Großbritannien.

Absolut gesehen sind diese Beträge beeindruckend. Gemessen an der Wirtschaftsleistung der Förderländer fallen sie eher gering aus: Deutschland gab 0,28 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die Entwicklungshilfe. Die durchschnittliche Quote aller Geberländer betrug 0,25 Prozent des BIP. Dabei hat sich Deutschland gemeinsam mit anderen Staaten schon vor 34 Jahren verpflichtet, mehr für die Ärmsten der Welt zu tun:

Entwicklungshilfe		
	Milliarden US-Dollar	Prozent des BIP
USA	15,8	0,14
Japan	8,9	0,20
Frankreich	7,3	0,41
Deutschland	6,7	0,28
Großbritannien	6,2	0,34
Niederlande	4,1	0,81
Italien	2,4	0,16
Schweden	2,1	0,70
Norwegen	2,0	0,92
Belgien	1,9	0,61
Dänemark	1,7	0,84
Schweiz	1,3	0,38
Österreich	0,5	0,20
Luxemburg	0,2	0,80

Stand 2003  
Quelle: OECD

0,7 Prozent des BIP sollte gemäß einer UNO-Resolution von 1970 für Entwicklungshilfe aufgewendet werden. 2003 haben nur fünf Nationen dieses Ziel erreicht: Dänemark, Luxemburg, Niederlande, Norwegen und Schweden.

[www.oecd.org/document/41/0,2340,en\\_2649\\_201185\\_31538025\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/41/0,2340,en_2649_201185_31538025_1_1_1_1,00.html)

## Verpuffte Subventionen

Knapp sechs Milliarden € haben Bund, Länder und Gemeinden in den Jahren 2000 bis 2002 als Investitionszulagen an Unternehmen gezahlt. Die wiederum haben versprochen, in strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze zu schaffen, und das nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern auch an Ruhr, Saar und im hohen Norden. Die Fördergelder sind fast wirkungslos verpufft: 96 Prozent der Ausgaben führten dazu, dass Arbeit und Produktion von einer Region in eine andere verlagert wurde, ohne auch nur einen Euro zusätzlich zu erwirtschaften oder einen zusätzlichen Arbeitsplatz zu schaffen. Dieses ernüchternde Ergebnis steht in einer Studie der Universität Kassel.

Die Autoren haben auch berechnet, was die Streichung bewirken würde: An der Ruhr würden die bisherigen Profiteure Duisburg und Dortmund verlieren, Essen würde dafür gewinnen. Und im Großraum Berlin hätte Potsdam zwar Einbußen. Die Bundeshauptstadt würde sich dank Subventions-

streichung aber wirtschaftlich erholen.

Offensichtlich belastet das, was in einer Region mit staatlicher Unterstützung aufgebaut wird, die unmittelbare Nachbarregion. Auf eine so problematische „Förderung“ sollte verzichtet werden.

[www.wirtschaft.uni-kassel.de/forschungsbeitrag/VWL/workingpaper/Papier5504.pdf](http://www.wirtschaft.uni-kassel.de/forschungsbeitrag/VWL/workingpaper/Papier5504.pdf)

## Vermögensverluste mit neuen Aktien

Anleger halten sich beim Kauf von Neu-Emissionen zurück. Das verwundert wenig, denn Erstzeichner von Börsenneulungen – mit Emissionsbeträgen von einer Milliarden € und mehr – haben in den letzten zehn Jahren drastische Vermögensverluste erlitten.

Insbesondere bei den Privatisierungsaktionen des Staates wurden die Hoffnungen der Anleger enttäuscht. Nur wer schon beim ersten Börsenauftritt der Telekom Aktien zeichnete, kam glimpflich davon. Wer dagegen bei der zweiten und dritten Aktienaussgabe der Telekom als Aktionär startete, musste erleben, dass vom Emissionsbetrag in Höhe von 25,6 Milliarden € inzwischen nur noch ein Gegenwert von 10 Milliarden € geblieben ist.

### Milliardenemissionen

Erstnotiz	Unternehmen	Kurse bis Juli 2004
06/2001	Fraport	-32 %
02/2001	Dt. Börse	+31 %
11/2000	Dt. Post	-20 %
04/2000	T-Online	-67 %
03/2000	Infineon	-69 %
10/1999	Epcos	-44 %
11/1996	Dt. Telekom	-1 %
11/1995	Merck	+77 %

Quelle: DAI

## Entwicklungspolitik: Zum Scheitern verurteilt?

**Weltweiter Wohlstand – dieses Ziel verfolgen Weltbank und Internationaler Währungsfonds seit ihrer Gründung vor 60 Jahren. Allen guten Vorsätzen und theoretischen Überlegungen zum Trotz ist es bis heute unerreicht.**

Die Bilanz ist ernüchternd: Trotz jahrzehntelanger Entwicklungshilfe muss mehr als eine Milliarde Menschen auf der Welt von weniger als einem Dollar pro Tag leben. 840 Millionen Menschen gelten als unterernährt. Täglich sterben 25 000 Menschen an den Folgen der Unterernährung, darunter mehr als 16 000 Kinder. Diese Zahlen stammen aus den Statistiken der Welt-ernährungsorganisation FAO und der Weltbank.

Im Juli 1944 hatte Franklin D. Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, über 700 Ökonomen und Politiker aus 45 Ländern in den amerikanischen Wintersportort Bretton Woods eingeladen. Sie sollten eine neue Weltwirtschaftsordnung entwerfen. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen waren schon lange vor Beginn des Zweiten Weltkriegs zerrüttet. In der Weltwirtschaftskrise von 1929 war das internationale Finanzsystem zusammengebrochen. Die Teilnehmer der Konferenz von Bretton Woods – unter ihnen bekannte Wirtschaftswissenschaftler wie John Maynard Keynes – sollten die befürchtete neue, weltweite Wirtschaftskrise nach Kriegsende verhindern. Zu diesem Zweck beschlossen sie die Einrichtung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Internationalen Bank für

Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank). Anders als nach dem Ersten Weltkrieg sollte die Welt nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine dauerhaft stabile Währungs- und Handelsordnung bekommen.

Der IWF sollte Währungs- und Finanzkrisen verhindern, indem er über das internationale Wechselkurssystem wacht und Ländern mit Zahlungsschwierigkeiten aus der Bredouille hilft.

Die Weltbank sollte mit Krediten den Wiederaufbau kriegszerstörter und „weniger entwickelter“ Länder unterstützen. Im Lauf der Zeit ist der Weltbank eine maßgebliche Rolle bei der internationalen Koordinierung der Entwicklungshilfe zugewachsen. Ihre offizielle Zielsetzung lautet inzwischen eindeutig: Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Bekämpfung der Armut.

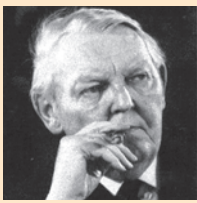
### Hohe Erwartungen

Nach Kriegsende förderte die Weltbank zunächst vor allem den Wiederaufbau Westeuropas. Die kommunistischen Staaten waren dem Bretton-Woods-Abkommen nicht beigetreten und bekamen deshalb keine Hilfen. Bereits ab 1950 unterstützte die Weltbank verstärkt die so genannten Entwicklungsländer. Zu den ersten von der Weltbank finanzierten Entwicklungshilfe-Projekten gehörten in den

Jahren zwischen 1949 und 1951 Kraftwerke in Mexiko, Staudämme in Indien, Straßen in Äthiopien und Telefonleitungen in Uruguay. Unterentwickelte Staaten sollten eine moderne Infrastruktur bekommen – als Basis für die erwartete Industrialisierung.

Die Ökonomen waren sich sicher, dass Kapital und technische Hilfe das Wirtschaftswachstum anregen werde, bis sich das Wachstum „von selbst trägt“ und weitere Finanzspritzen überflüssig würden. Industrielle Großprojekte in Entwicklungsländern kämen zwar nur relativ wenigen Menschen unmittelbar zugute, aber der Wohlstand würde sich langsam ausbreiten. Mittelfristig würden auch Kleinbauern vom Bau eines Stahlwerkes profitieren. Sie könnten ihre Produkte Gewinn bringend an die gut verdienenden Stahl-Arbeiter verkaufen. Einkommen, das an einer Stelle im Wirtschaftskreislauf entstehe, werde allmählich in alle Gesellschaftsschichten durchsickern. Wirtschaftswissenschaftler fanden dafür die Bezeichnung „Trickle-down-Effekt“.

1960 veröffentlichte der einflussreiche amerikanische Ökonom Walt W. Rostow eine neue Entwicklungstheorie, nach der alle Gesellschaften bestimmte Entwicklungsphasen durchlaufen. Die Entwicklungsländer befänden sich in



„Jenseits aller politischen Erwägungen liegt uns daran, den Wirtschaftsaufbau der Entwicklungsländer zu fördern und sie zu Partnern fruchtbarer und weltumspannender Handelsbeziehungen zu machen.“

Ludwig Erhard

der zweiten oder dritten von fünf Phasen, während die Industriestaaten bereits Phase vier oder fünf – mit einem sich selbst tragenden Wachstum – erreicht hätten. Entwicklungshilfe könnte den Prozess anschieben und beschleunigen, so dass sich das Niveau von Industrie- und Entwicklungsländern angleicht.

### Enttäuschte Hoffnungen

Diese Vorstellung erwies sich als zu optimistisch. 1969 legte eine vom kanadischen Friedensnobelpreisträger Lester B. Pearson geleitete Kommission im Auftrag der Weltbank eine Bestandsaufnahme der Entwicklungspolitik vor. Die Pearson-Kommission konstatierte, dass das Bruttosozialprodukt der „Dritten Welt“ in den sechziger Jahren zwar beachtlich – um fünf Prozent pro Jahr – gewachsen sei. Die Mehrheit der Bevölkerung hätte davon aber kaum profitiert. 1974 fand eine Gruppe von Wissenschaftlern in der Erklärung von Cocoyok (Mexiko) deutlichere Worte: „Wir sind nach 30 Jahren Erfahrung der Meinung, dass sich die Hoffnung als illusorisch erwiesen hat, dass schnelles wirtschaftliches Wachstum zum Nutzen Weniger zur Masse des Volkes ‚durchsickern‘ wird.“

Der Kritik entsprechend verschoben sich in der Folgezeit die Akzente der Entwicklungspolitik. Die Hilfsprogramme der Weltbank sowie der nationalen Regierungen, Kirchen und privaten Organisationen konzentrierten sich zunehmend auf die Grundbedürfnisse der einfachen, meist ländlichen Bevölke-

rung. Das Spektrum reicht heute von der AIDS-Prävention bis zur Zebu-Züchtung. Trotz vieler kleiner Erfolge blieben die Resultate der Entwicklungshilfe insgesamt – vor allem in Afrika – weit hinter den Erwartungen zurück.

### IWF in der Kritik

Im Zentrum der Kritik steht heute vor allem der Internationale Währungsfonds. Anders als die Weltbank fördert der IWF keine Einzelprojekte, sondern gewährt Regierungen hoch verschuldeter Staaten Kredite, um die Länder vor dem Bankrott zu bewahren. Im Gegenzug müssen sich die Länder verpflichten, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die nach Meinung des IWF Wachstum und Entwicklung fördert. Die Maxime lautet in Kurzform: Mehr Markt, weniger Staat! Für diesen wirtschaftspolitischen Kanon hat sich der Begriff „Washington Consensus“ durchgesetzt; damit ist eine Politik gemeint, die die Zustimmung des in Washington ansässigen IWF findet. Kritiker bemängeln, dass die IWF-Vorgaben den betroffenen Ländern oft mehr Schaden als Nutzen.

So forderte der IWF 1988 von Sambia, Subventionen für eine billige Mehlsorte zu streichen. Die Folge waren Aufstände, weil sich die arme Bevölkerung kein Brot mehr leisten konnte. In Tansania verdoppelte sich die Analphabeten-Quote, nachdem der IWF auf der Einführung von Schulgebühren bestanden hatte.

Joseph Stiglitz, Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften und ehemaliger Chef-Volkswirt der Weltbank, meint, die Politik des IWF habe internationale Finanzkrisen wie die in Asien 1997 oder in Argentinien 2002 verschärft. Marktwirtschaftliche Schocktherapien hätten die beabsichtigte Wirkung – stabile Währung, gesunde Staatsfinanzen, Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze – verfehlt.

### Hilfe zur Selbsthilfe

So zeigt der Rückblick auf über 50 Jahre Entwicklungspolitik, dass der Versuch, Entwicklungsländern die Wirtschaftskonzepte der Industriestaaten überzustülpen, nicht erfolgreich war. Eine weitere Erkenntnis sollte

sein: Effektive Entwicklungspolitik ist offenbar nicht nur eine Frage des Geldes.

Derzeit ist die wirtschaftliche Lage gerade in den Staaten am schlechtesten, in die bislang die größten Summen geflossen sind: die afrikanischen Länder südlich der Sahara. Dagegen ist die Wirtschaftsleistung Chinas in den vergangenen 20 Jahren – fast ohne Hilfgelder aus dem Ausland – jährlich um zehn Prozent gewachsen; vor allem die Zahl der Armen, die von weniger als einem Dollar am Tag leben müssen, ist in China um zwei Drittel zurückgegangen. Angesichts dieser Fakten fragen viele: Ist Hilfe von außen überhaupt sinnvoll?

Weltbankpräsident James D. Wolfensohn ist sicher, dass die Menschen in den ärmsten Ländern „keine Fürsorge wollen, sondern die Chance, sich selbst zu entwickeln“. Immerhin können die Industrieländer dazu beitragen, diese Chancen zu verbessern. Ein wichtiger Ansatzpunkt für Entwicklungspolitik in diesem Sinn ist der Welthandel. Bisher sind viele landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig, weil die Industriestaaten mit Subventionen in Milliardenhöhe die Preise der eigenen Produkte künstlich niedrig halten, damit sie am Weltmarkt absetzbar sind. Bei der jüngsten Welthandelskonferenz in Genf haben Vertreter der USA und der EU nun zugesagt, Agrarsubventionen deutlich zu kürzen. Das wäre eine Maßnahme, die den ärmsten Ländern wirklich hilft.

Philipp Wolter

Armut		
Mensch, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben müssen, in Millionen	1981	2001
Europa und Zentralasien	1	18
Mittlerer Osten und Nordafrika	9	7
Lateinamerika und Karibik	36	50
Afrika südlich der Sahara	164	314
Südasien	475	428
Ostasien und Pazifikraum	767	284
China	606	212
Quelle: Weltbank		



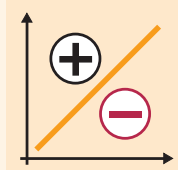
„Politische Führung bedeutet gerade in Zeiten des Umbruchs geistige Führung.“

Hans-Dietrich Genscher, ehem. Außenminister

## IM KLARTEXT

August 2004

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im August 2004

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung ⊖

Rund 25 Milliarden € werden 2004 im Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit eingesetzt. Das ist mehr, als der Bundeshaushalt 2005 an Investitionen vorsieht, höher als der Etat für die Bundeswehr und drei Mal so viel, wie Bildungsministerin Bulmahn für Bildung und Forschung ausgeben darf.

Dem Millionenheer der Arbeitslosen wurde inzwischen eine ansehnliche Truppe von Arbeitslosenverwaltern an die Seite gestellt: 90 000 Menschen sind bei der Bundesagentur für Arbeit und ihren

180 Arbeitsagenturen damit beschäftigt, gut vier Millionen Arbeitslose zu betreuen. Jeder zweite Arbeitslose ist schon länger als ein Jahr ohne Arbeit. Das ist – nicht nur im internationalen Vergleich – ein deprimierendes Ergebnis.

### Geldwertstabilität ⊕

Hans Eichel wird in Zukunft Staatsanleihen verkaufen, die mit Inflationsschutz versehen sind. Die Anleger erhalten höhere Zinsen, wenn die Inflationsrate größer als Null ist. Diese Anleiheart gibt es in Großbritannien und den USA schon seit Jahrzehnten. Von den Ländern der Euro-Zone haben Frankreich, Italien und Griechenland in den vergangenen Jahren ähnliche Wertpapiere auf den Markt gebracht.

Inflationsindexierte Staatspapiere haben zwei Vorteile. Zum einen wird das Vermögen langfristig gegen schleichenden Wertverlust abgesichert. Zum anderen hilft diese Art der Anleihe, die Politik zu disziplinieren: Wenn der Finanzminister wegen der Teuerung mehr Geld an seine Gläubiger überweisen muss, wird

### Geldvermögensbildung

private Haushalte 2003, in Milliarden €	
bei Banken	58,3
bei Versicherungen	32,0
in Wertpapieren	37,5
Pensionsrückstellungen	13,5
gesamt	141,3

Quelle: Deutsche Bundesbank

ihm an einer Wirtschaftspolitik gelegen sein, die zu Preisstabilität führt.

### Eigenverantwortung ⊖

Finanziell auf eigenen Füßen stehen, statt auf staatliche Almosen angewiesen zu sein: Für 2,8 Millionen Sozialhilfeempfänger gilt das naturgemäß nicht. Sozialhilfeempfänger sind Bedürftige, die ohne Hilfe der Gesellschaft nicht existieren können. Darum ist es problematisch, dass mit dem Reformschritt „Hartz IV“ die Langzeitarbeitslosen in die Kategorie von Fürsorgeempfängern geschoben werden. Arbeitslose können ihre Existenz prinzipiell aus eigener Kraft sichern. Sie brauchen keine Unterstützung, sondern Arbeit.

Der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung – die so genannte Sozialhilfequote – erhöhte sich 2003 zwar nur moderat auf 3,4 Prozent (2002: 3,3 Prozent). Besonders stark stieg aber die Zahl sozialhilfebedürftiger Kinder: Rund 1,08 Millionen zählte die Statistik, im Vergleich zu 2002 ein Anstieg um 6,2 Prozent. Die Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen erhöhte sich damit um 0,5 Prozent auf nunmehr 7,2 Prozent. Wohlstand für alle sieht anders aus.

### Langzeitarbeitslose

länger als 12 Monate arbeitslos, in Prozent der Erwerbslosen 2003

Schweden	16,1
Dänemark	19,9
Großbritannien	23,0
Spanien	33,9
Deutschland	50,0
Polen	55,0
Italien	58,1
Slowakei	66,1
EU-25	44,9
USA	11,8

Quelle: Eurostat

### Sozialhilfeempfänger

in Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn  
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: ZB - Fotoreport  
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*